



Kirschessigfliege: Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt Obstbauern und Winzer bei der Suche nach Lösungen

Kirschessigfliege: Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt Obstbauern und Winzer bei der Suche nach Lösungen
Bei einer Konferenz im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben am Montag mehr als 40 Experten aus Bund und Ländern beraten, wie man die von der Kirschessigfliege verursachten Schäden im Obst- und Weinbau eindämmen kann. Dieser neue Schädling wurde in Deutschland erstmals im Jahr 2011 nachgewiesen und hat sich aufgrund des milden Winters und der warm-feuchten Witterung in diesem Jahr in ganz Deutschland etabliert. Die Kirschessigfliege befällt vor allem reifes Beerenobst und hat 2014 geschätzt bundesweit mehrere Millionen Euro Schaden verursacht. Einige Obstbauern haben den Anbau besonders anfälliger Obstarten bereits eingestellt. "Die Kirschessigfliege ist neu in Deutschland und vermehrt sich rasend schnell. Sie stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Wir werden deshalb die Forschung intensivieren und der Frage nachgehen, wie mit nichtchemischen Pflanzenschutzverfahren und der gezielten Anwendung zugelassener Pflanzenschutzmittel im Rahmen des integrierten Pflanzenschutzes Verbesserungen erzielt werden können", sagte Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, über das Ergebnis des Fachgesprächs in Berlin. Um die Eindämmung der Kirschessigfliege auch von wissenschaftlicher Seite zu unterstützen, wird das Julius Kühn-Institut seine bereits seit einigen Jahren vorgenommenen Forschungen in diesem Bereich erheblich verstärken. "Wir haben uns dafür eingesetzt, dass im Jahr 2015 und in den Folgejahren jeweils zusätzlich 350.000 Euro für eine Intensivierung der Forschung zur Kirschessigfliege bereitgestellt werden", so Schmidt. "Wo immer es möglich ist, müssen wir versuchen, vorbeugende Maßnahmen zu entwickeln, damit es gar nicht erst zu großen Schäden durch die Kirschessigfliege kommt", sagte der Bundesminister. Er appellierte auch an die Pflanzenschutzmittelhersteller, möglichst bald eine Zulassung weiterer wirksamer und umweltschonender Pflanzenschutzmittel zu beantragen. "Zur Vermeidung von Resistenzbildungen ist es unabdingbar, dass mehrere Pflanzenschutzmittel mit unterschiedlichen Wirkmechanismen zur Verfügung stehen", betonte Schmidt. Die Expertinnen und Experten verabschiedeten ein Maßnahmenpaket, das gemeinsam von Bund, Ländern und den betroffenen Obstbauern und Winzern umgesetzt werden soll. Vereinbart wurden die Erarbeitung genereller Präventionsmaßnahmen (einschließlich Prognose und Monitoring) sowie die Entwicklung und Einführung konkreter nichtchemischer Pflanzenschutzmaßnahmen. Darüber hinaus sollen gezielte chemische Pflanzenschutzmaßnahmen unterstützt und die internationale Zusammenarbeit vertieft werden. Die Experten einigten sich außerdem auf den Aufbau eines Netzwerkes "Bekämpfung der Kirschessigfliege" unter Federführung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und des Julius Kühn-Instituts (JKI). Darüber hinaus soll die Forschung intensiviert werden. Ein weiteres Fachgespräch wurde für Februar 2015 vereinbart. Nähere Informationen zu der Kirschessigfliege finden Sie auf der Internetseite des JKJ unter <http://drosophila.jki.bund.de/> Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Rochusstraße 1 53123 Bonn Telefon: +49 22899 529-0 Telefax: +49 22899 529-3179 Mail: poststelle@bmel.bund.de URL: <http://www.bmel.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

53123 Bonn

bmel.de
poststelle@bmel.bund.de

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für verbraucher- und ernährungspolitische Fragen, die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen, den Tierschutz, Regelungen im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Marktpolitik, Angelegenheiten des ländlichen Raums, der agrarsozialen Sicherung sowie der Forst- und Fischereipolitik.